

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Kaja Steffens, Stefanie Blaschka, Dennis Gladiator,
André Trepoll, Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein,
Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

Betr.: Blindflug in Hamburgs Bezirken beenden: Umsetzung von Bezirksversammlungsbeschlüssen endlich systematisch erfassen!

Die Bezirksversammlungen sind ein zentraler Bestandteil demokratischer Mitwirkung in den Hamburger Bezirken. Die Beschlüsse der Bezirksversammlungen und ihrer Ausschüsse sollen konkrete Verbesserungen vor Ort anstoßen, Missstände beseitigen und das Verwaltungshandeln in eine vom Volk legitimierte Richtung lenken. Dieser hohen Bedeutung verschreibt sich der Senat zwar verbal, doch die Realität der administrativen Umsetzung spricht eine andere Sprache.

In der Drs. 23/3632 räumt der Senat ein, dass er über keinerlei belastbare Daten verfügt, welche Beschlüsse tatsächlich umgesetzt, verzögert oder aufgrund von Ressourcenmangel gänzlich eingestellt wurden. Die Begründung, dass die Daten nicht gesondert erfasst werden und eine Ermittlung aufgrund der hohen Anzahl an Drucksachen im drei- bis vierstelligen Bereich pro Bezirk zu aufwendig sei, ist eine politische Offenbarungserklärung.

Denn wo weder der Senat noch die Bezirksämter systematisch erfassen, welche Beschlüsse aus welchen Gründen liegen bleiben, fehlt jede belastbare Grundlage für politische Prioritätensetzung, Ressourcensteuerung und organisatorische Nachsteuerung. Weder die Bürgerschaft noch die Bezirksversammlungen können unter diesen Umständen seriös beurteilen, ob es sich um Einzelfälle, fachliche Priorisierungskonflikte oder um strukturelle Defizite bei Personal und Finanzen handelt. Besonders problematisch ist dabei der Widerspruch in der Argumentation des Senats: Einerseits erklärt er, die Daten könnten in der für Parlamentarische Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermittelt werden, weil dafür zahlreiche Drucksachen und gegebenenfalls Ausschussniederschriften einzeln ausgewertet werden müssten. Andererseits sieht er keine Hinweise auf strukturelle Defizite. Wer die maßgeblichen Daten nicht erhebt, kann das aber gerade nicht belastbar beurteilen.

Wenn die Umsetzung von Beschlüssen der Bezirksversammlungen politisch ernst genommen werden soll, braucht es deshalb endlich eine einheitliche und bezirksübergreifende Umsetzungskontrolle. Nur so lässt sich transparent nachvollziehen, wo Beschlüsse stocken, welche Ursachen dahinterstehen und in welchen Bereichen der Senat tatsächlich gegensteuern muss. Denn die systematische Erfassung ist damit keine bürokratische Nebensache, sondern die zwingende Voraussetzung für Verlässlichkeit, Transparenz und wirksame Steuerung in den Bezirken.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein bezirksübergreifend einheitliches, digitales Verfahren zur systematischen Erfassung des Umsetzungsstandes aller Beschlüsse der Bezirksversammlungen einzuführen;

2. sicherzustellen, dass innerhalb dieses Verfahrens neben dem aktuellen Bearbeitungsstatus zwingend die Gründe für etwaige Verzögerungen oder Nichtumsetzungen dokumentiert werden;
3. die erhobenen Daten über Ressourcenbedarfe als verbindliche Grundlage für die künftige Personalbedarfsplanung und die Haushaltsaufstellungen im Bereich der Bezirksämter zu nutzen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2026 zu berichten.